

Bologna – ein Schritt in die falsche Richtung

Árpád Bernáth (Szeged)

Da ich die Ehre hatte, vor dieser Diskussion in einem Impulsreferat zu aktuellen Fragen des Germanistikstudiums im Rahmen des Bologna-Prozesses bereits Stellung nehmen zu dürfen, kann ich hier unter dem neuen Aspekt, den die Frage bietet: *Ist Bologna an allem schuld?* die wichtigsten Thesen meines Vortrags kurz wiederholen und – in einen weiteren Kontext gestellt – bis zu einem gewissen Grad vielleicht auch vertiefen. Meine Antwort auf die gestellte Frage ist eindeutig: „Bologna“ ist nicht die Ursache, sondern der Ausdruck einer Krise des Hochschulwesens in dem „europäischen Raum“. Die Ursachen sind in drei, miteinander eng zusammenhängenden Schichten des gesellschaftlichen Lebens aufzufinden. An der Oberfläche handelt es sich zunächst um ein Finanzierungsproblem: ein fortschreitendes Wachstum der Kosten durch die fortschreitend wachsende Zahl der Studierenden, der Dozenten und der Institutionen, das die Gesellschaft oder ihre politischen Repräsentanten nicht mehr mittragen können oder wollen. Dieses Wachstum ist bedingt durch die Erfordernisse einer hoch zivilisierten Gesellschaft, die von seinen Mitgliedern immer mehr Innovation und die Beherrschung von immer komplizierteren Prozessen und Techniken verlangt, nicht zu sprechen von ihren Ansprüchen an ein Krisenmanagement, dessen Einsetzung durch verfehlte Innovationen oder durch nicht ausreichende Beherrschung der gesellschaftlichen oder technischen Vorgänge immer öfters notwendig wird. Bologna ist nun insofern die falsche Antwort auf diese Probleme, als es die für alle Arbeitnehmer notwendig länger gewordene und wiederholt zu erneuernde Ausbildung nicht rechtzeitig und nicht scharf genug von der nur für die wenig Geeigneten offen zu haltenden Elitebildung trennt. Politiker, die sich gern zur politischen Elite rechnen, schrecken oft zurück, besondere Befähigungen auf dem Gebiet des Wissens durch adäquates Hochschulsystem *coram publico* anzuerkennen, um so eine wissenschaftliche Elite in den Dienst der Gesellschaft stellen zu können. Durch diese Weigerung entsteht eine Situation, die bereits auch von Unterhaltungsliteraturkonsumenten leicht nachvollziehbar ist: „Unsere Regierenden sind Traumtänzer, wenn sie als Ziel formulieren, dass fünfzig Prozent aller jungen Leute zur Universität gehen, und gleichzeitig dafür sorgen, dass

vierzig Prozent der Absolventen höherer Schulen ohne Ausbildung bleiben.“¹ Die Homogenisierung des Hochschulbereiches, die ermöglicht, dass „fünfzig Prozent aller jungen Leute zu *Universität*“ gehen, führt zwangsläufig dazu, dass die administrativen Belastungen der Dozenten ins Unerträgliche wächst und dazu, dass die für diesen Bereich von staatlichen Institutionen bereitgestellten finanziellen Mittel nachteilig für die Effektivität des Systems umstrukturiert werden. Ich nenne hier nur Stichworte wie „Ranking“, „Akkreditierung“ und Verteilung der entsprechenden Ressourcen – in einigen Ländern fast ausschließlich – über die Einreichung von Forschungsprojekten. Die so entstandenen Verluste an Effektivität wirken hemmend auf die Intensität der Forschung, auf den Erfolg der Lehre und schließlich ungünstig auf die ganze Gesellschaft. Diese Folgen sind insgesamt viel gefährlicher, als die sozialpolitisch motivierte Angst vor der klaren Trennung der verschiedenen Typen der Bildungsstätte im Hochschulbereich. Denn sie führen nicht automatisch zu einer frühen und unüberwindlichen Trennung der Studierenden und teilweise auch der Dozenten. Die Grenzen zwischen den verschiedenen Bereichen können und sollten für alle Bürger – *an Leistung gebunden* – weiterhin offen bleiben.

Mit dem Hinweis auf die notwendige Leistungsfähigkeit *und* Leistungsbereitschaft der Beteiligten als Bedingung für ihre Position im Bildungssystem und in der Gesellschaft, haben wir bereits auch die nächste Frage, die unsere Aufmerksamkeit auf eine tiefer liegende Ursache der Krise im Hochschulwesen lenkt: Sind die Leistungsfähigen auch überall bereit, die notwendige Leistung zu erbringen? Ich zitiere noch einmal den 2008 veröffentlichten Roman von P. D. James:

„Sie machen also Schluss mit der Uni?“

„Die Universität macht Schluss mit mir. Es fehlt an Studenten, um den Fachbereich Althilologie offenzuhalten. Ich habe das schon lange kommen sehen. Letztes Jahr haben sie den Fachbereich Physik geschlossen, um die Forensischen Wissenschaften zu erweitern, und jetzt schließen sie die Althilologie und machen die Theologie zur Komparativen Religionswissenschaft. Und sollte sich auch das als zu schwierig erweisen – was bei den spärlichen Neuzugängen gar nicht ausbleiben kann –, dann machen sie aus der komparativen Religionswissenschaft eben Religions- und Medienforschung oder Forensische Religionswissenschaften.“²

Es darf nicht übersehen werden, dass dieser Dozent an einer englischen Universität im Kriminalroman *Ein makelloser Tod* nicht nur geisteswissenschaftliche Fächer mit gut umgrenzten Gegenständen in der Gefahr sieht, sich in immer mehr diffusen Disziplinen aufzulösen, sondern – im Einklang mit diesbezüglichen Erfahrungen in Ungarn – auch das Fach Physik! Auf den Punkt gebracht: alle Fächer sind in Europa gefährdet, die eindeutige und harte Anforderungen

¹ P[hyllis] D[orothy] James: *Ein makelloser Tod*. Roman. (Orig. *The Private Patient*. 2008. Übers. v. Walter Ahlers & Elke Link.) München: Droemer-Knaur Verlag 2009, S. 124.

² Ebenda, S. 123f.

an die Studierenden stellen. Damit entstand ein gesellschaftliches Problem, das das Recht der EU-Bürger auf Freizügigkeit und die damit verbundenen Ziele des Bologna-Prozesses ins neue Licht stellt. Denn die alte Begründung für die Notwendigkeit des Imports von Arbeitskräften in die reicheren Länder Europas zeigt sich als längst überholt. Wenn auch das Phänomen *brain drain* seit längerer Zeit zu beobachten war, konnte man in den 60er und 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts in Westeuropa noch mit einem gewissen Recht behaupten, dass Länder mit hochentwickeltem Bildungssystem nicht ausreichend Arbeitskräfte für Aufgaben haben, die ohne besondere Qualifikation geleistet werden können. Heutzutage haben diese Länder aber vor allem nicht genügend Informatiker, Ingenieure, Lehrer und – in einem erschreckenden Maß – auch nicht genügend Ärzte. Die Gründe dafür sind vielfältig und teilweise auch unterschiedlich. Dass die Zahl der ausländischen Ärzte in Norwegen 3000 übersteigt, hängt wohl vor allem damit zusammen, dass Norwegen sich erlaubt, überhaupt keine Ärzte mehr auszubilden. Aber auch dort, wo medizinische Fakultäten seit dem Mittelalter eingerichtet sind, mangelt es an inländischen Ärzten. Nach WHO-Statistiken für das Jahr 2008 erwarb von den 227000 registrierten Ärzten in Großbritannien mehr als die Hälfte ihr Diplom im Ausland! Von den Steuern jedoch, die die im Ausland Ausgebildeten in ihrem Arbeitgeberland zahlen, werden keine Summen für die Finanzierung des Bildungswesens des Landes abgezweigt, in dem sie ihr Diplom erworben haben. Wir sind wieder einmal bei der Finanzierung angekommen, wenn auch in einem neuen Kontext: nicht nur die nationale, sondern auch die internationale Verteilung der Kosten sind für die Krisenerscheinungen im Bereich des Hochschulwesens verantwortlich. Aber auf dieser Ebene des Nachdenkens über die Ursachen der Krise geht es um die Frage, wie weit die Gesellschaft bereit ist, Leistungen anzuerkennen, die für das Funktionieren der Gesellschaft unerlässlich sind. Die negativen Folgen der Abkopplung der Anerkennung von der Leistung zeigt sich naturgemäß in einer „Spaßgesellschaft“ zuerst in Bereichen, die zwischen der wissenschaftlichen Elite und den – im weitesten Sinne zu verstehenden – „angelernten Arbeitnehmern“ ihren Platz finden. Solange die Angehörigen der ersten Gruppe, ähnlich den Künstlern, vor allem von intrinsischen Motivationen, und die letzteren, ähnlich den Jobbern, vor allem von extrinsischen Motivationen geleitet sind, sind die Fachkräfte, die ihr Wissen und ihre Kompetenz nur in einer von Forschung bestimmten Umgebung erwerben und erneuern können, die ersten Indikatoren für die Leistungsfähigkeit des Bildungssystems. Die Behebung dieses Problems aus eigener Kraft aber kostet nicht nur viel Geld, sondern auch viel Zeit: die Ergebnisse einer Korrektur sind erst nach zehn oder zwölf Semestern, wenn nicht erst nach einem Generationswechsel zu spüren. Für das Krisenmanagement in den reicheren, aber eben wegen der Schwächen ihres Bildungssystems nicht „hoch genug entwickelten“

Ländern bleibt somit nur eine Lösung: *zollfreier* Import von hoch qualifizierten Arbeitskräften aus den Schwellenländern. Dieser Import erfolgt zurzeit unbeachtet der Tatsache, dass dadurch dem Abwanderungsland Arbeitskräfte verloren gehen, ohne die die Schwelle, die sie von reicheren Ländern trennt, unüberwindbar bleibt. Und der Import erfolgt auch ungeachtet der Tatsache, dass den importierten „*human resources*“ über die erstarrten Schwellen bald und unaufgefordert, aber notwendigerweise – wie umweltschädliche Nebenprodukte von Naturressourcen betrachtet – auch weniger qualifizierte Arbeitskräfte folgen. So ist die Selbstgenügsamkeit einer Gesellschaft – und damit erreichen wir die tiefste Schicht der Probleme –, die sich „am Ende der Geschichte“ fühlt, am Ende ihrer Möglichkeiten angelangt.

Die Lösung dieser Krise ist nicht von einer politischen Elite zu erwarten, deren Macht von kurzfristig wirksamen Programmen und von sich rechtzeitig einstellender Popularität abhängt. Diese Aufgabe fällt vor allem einer wissenschaftlichen Elite zu, die – im Laufe der Forschung und der Lehre – auch fähig sein soll, ihre eigene Leistung und Funktion kritisch zu prüfen und ihre Einsichten für die Gesellschaft überzeugend zu vermitteln. Sie soll auf die Regierenden Druck ausüben und die Wahlberechtigten über ihre Interessen aufklären. Möge auch diese Diskussion ein kleiner Schritt in diese Richtung sein.